

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Streibl

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 c** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern - "Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung verankern" (Drs. 17/18211)**

**- Erste Lesung -**

Für die Begründung des Gesetzentwurfs stehen fünf Minuten zur Verfügung. Dazu darf ich dem Kollegen Fahn das Wort erteilen. Herr Kollege, kann ich davon ausgehen, dass Sie die Aussprache nicht mit der Begründung verbinden? Ich frage nur wegen Ihrer Redezeit.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das macht der Kollege Streibl!)

– Dann haben Sie fünf Minuten.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das reicht auch!)

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es immer noch prominente Leugner des Klimawandels wie zum Beispiel den amerikanischen Präsidenten Trump gibt, so ist die Tatsache des Klimawandels mittlerweile doch unumstößlich. Es geht nicht mehr um die Frage, ob, sondern nur noch um die Frage, wie stark und wie schnell der Klimawandel kommen wird. Die Größenordnung seiner Folgen ist schwer zu kalkulieren. Fest steht, dass er mittel- und langfristig weltweit katastrophale Ausmaße annehmen wird. Auch in Deutschland, auch in Bayern nehmen die Hochwasser zu. Bereits heute verschlingen Gegenmaßnahmen und Schadenersatz gewaltige Summen des Volks- und Privatvermögens. Das Pariser Weltklimaabkommen, aus dem die USA schon wieder aussteigen wollen – aber vielleicht besinnen sie sich doch noch einmal anders –, hat das Ziel, die Erwärmung der Atmosphäre auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen. Dies erfordert von allen Ländern radikales Umdenken. An-

gesichts dessen, dass Deutschland seine Klimaziele absehbar nicht erreichen wird, sollte zumindest Bayern alles Erdenkliche tun, um seiner Rolle als Vorreiter gerecht zu werden.

Dazu gehört natürlich, erst einmal die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Anpassung der Bayerischen Verfassung ist sowohl Voraussetzung als auch Begründung dafür, dass einschneidende Gesetze überhaupt eingebracht und verabschiedet werden können. Zum Beispiel könnten auf diese Weise die erneuerbaren Energien noch stärker vorangebracht werden. Bereits 2009 hat Professor Kahl von der Universität Heidelberg in einem Gutachten erklärt, dass der Text der Bayerischen Verfassung, die sich ja immer als Vollverfassung verstanden hat, nicht länger zu einer der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schweigen kann. Eine Verfassung, die zum Klimaschutz schweigt, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Wir haben hierüber schon vor einigen Jahren im Parlament gesprochen.

Es ist ganz wichtig festzustellen, dass Klimaschutz nicht nur Umweltschutz ist. Umweltschutz steht in der Bayerischen Verfassung, aber beim Umweltschutz geht es primär um die regionale Umwelt, nicht um globales Denken. Um globales Denken geht es dagegen beim Klimaschutz. Zahlreiche Maßnahmen, die vor allem gegen die Wirtschaft durchgesetzt werden müssten, würden durch einen Verfassungsrang des Klimaschutzes besser unterstützt.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Wahlergebnisse am letzten Sonntag haben gezeigt, wie sich Flucht und Migration auf unser Land auswirken. Man schätzt, dass auch die Zahl der Klimaflüchtlinge immer mehr zunehmen wird. Die aktuellen Klimaveränderungen verschärfen andere Herausforderungen wie Hunger und Armut. Sie führen auch zu neuen Flüchtlingsströmen. Den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen bedeutet also konkret, auch Fluchtursachen zu bekämpfen. Auf diese Weise kann mittel- und langfristig dazu beigetragen werden, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern bleiben. Bayern sollte grundsätzlich darauf dringen, dass in diesem Punkt auch andere Bundesländer mitziehen. Die Politik hat die Aufgabe, den Klima-

schutz umzusetzen, ihre Aufgabe für den Klimaschutz ernst zu nehmen und vorbildlich zu handeln. Dann wird es einen Schub geben, der mehr Ökostrom zu den Verbrauchern bringt.

Der Klimaschutz hat auch sehr viele gewinnbringende Aspekte. Es geht hier in erheblichem Umfang um die Förderung der regionalen und dezentralen Wertschöpfung, die sich aus der Energiewende ergibt. Staat und Kommunen können die Energieerzeugung aus erneuerbaren Rohstoffen auf diese Weise viel leichter umsetzen. Der Klimaschutz in der Verfassung muss von einer Reihe flankierender Maßnahmen begleitet werden. Wir haben dazu schon einmal Anträge gestellt, etwa zum Thema der klimaneutralen Verwaltung, die schon einige Bundesländer, wie Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz umgesetzt haben. Solche Dinge müssen vom Staat und den Kommunen angestoßen werden. Wir werden auf diese Forderung noch einmal zurückkommen. Es ist wichtig, dass die Kommunen auch hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Im Bundestagswahlkampf hat der Klimaschutz keine entscheidende Rolle gespielt. Ich erinnere aber daran, dass im Jahr 2010 in einer Online-Petition bereits 363.000 Unterschriften für die Aufnahme des Klimaschutzes in das Grundgesetz gesammelt wurden. Daran sieht man, dass der Klimaschutz den Bürgern in Deutschland und Bayern sehr wichtig ist. Deshalb hoffe ich, hier im Landtag mit unserem Gesetzentwurf offene Türen einzurennen. In Österreich, genauer in Vorarlberg, ist der Klimaschutz bereits Bestandteil der Verfassung.

Unser Gesetzentwurf ist bewusst knapp gehalten. Wir wollen einfach nur die Bayerische Verfassung um das Wort "Klima" ergänzen. Das ist weder juristisch noch inhaltlich angreifbar und kann aus vernünftigen Gründen eigentlich nicht abgelehnt werden. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich Frau Kollegin Guttenberger für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es steht außer Frage, dass der Klimawandel ein wichtiges Thema ist und dass es hier eine Vielzahl von Handlungserfordernissen gibt. Deshalb handelt Bayern auch.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Oh je, oh je!)

Bayern handelt etwa nach einem Klimaschutzkonzept, das bereits 2010 auf den Weg gebracht wurde. Es handelt im Klimaprogramm "Bayern 2020". Es handelt durch die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, durch das Klimaschutzprogramm 2050 sowie durch eine Vielzahl von Forschungsmitteln, die in viele Einzelforschungsprojekte und Forschungsverbünde fließen.

Lieber Herr Kollege Dr. Fahn, Sie sagen, der Klimawandel müsse in die Verfassung aufgenommen werden, weil es hier eine Regelungslücke gebe. Der Umweltschutz ist aber bereits seit 1984 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Umweltschutz beinhaltet als ganz wichtigen Punkt natürlich auch den Klimaschutz. Sie sagen, in Artikel 141 stehe nur, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch eine vorrangige Aufgabe des Staates sei. Die Verfassung formuliert hier allerdings in einer Aufzählung, und aus dieser Aufzählung ist ganz klar erkennbar, dass hier nicht ausschließlich formuliert wird. Es ist klar erkennbar, dass der Klimaschutz selbstverständlich sowohl zum Umweltschutz als auch zu den Staatszielen gehört, die das Verhältnis von Bürger und Staat mitbestimmen. Es gibt also keine Regelungslücke.

Wir haben uns hier im Bayerischen Landtag immer darauf verständigt, die Verfassung, unser wichtiges Gesetz, nur dann zu ändern, wenn es dafür eine zwingende Notwendigkeit gibt. Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Fahn, das wäre dann der Fall, wenn es eine Regelungslücke gäbe. Aber diese Regelungslücke gibt es eben nicht, weil der Klimaschutz fester Bestandteil des Umweltschutzes ist. Wir haben das auch schon in

Einzelheiten diskutiert. Bayern hat auf dieser Basis Klimaschutzprogramme und ähnliches bereits auf den Weg gebracht.

Wir sind der Ansicht, dass es keine Regelungslücke gibt. Außerdem können in eine Verfassung nicht sämtliche wichtigen Bestandteile gerade aktueller Diskussionen aufgenommen werden. Klimaschutz gehört ganz klar zum Umweltschutz. Deshalb sehen wir keine Regelungslücke und wollen aufgrund der besonderen Bedeutung der Verfassung auch keine Änderung der Verfassung vornehmen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Herr Kollege Dr. Fahn, ich bin der festen Überzeugung, dass auch Sie wissen, dass der Umweltschutz den Klimaschutz mit umfasst. Ich habe den Eindruck, hier gehe es darum, mit bestimmten Begriffen wahrgenommen zu werden, und nicht darum, Regelungen auf den Weg zu bringen. Es würde nämlich die rechtliche Lage nicht ändern, wenn man die Verfassung nach Ihrem Vorschlag umgestaltete. Klimaschutz ist Teil des Umweltschutzes. Klimaschutz ist ein sehr wichtiges Staatsziel und wird auch entsprechend befolgt. – Danke schön.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Kein Beifall? – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Die von der CSU sind auch nur Menschen!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion – –

(Allgemeine Heiterkeit)

Für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte. In bewegten Zeiten kann so ein Versprecher schon mal passieren.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass der Klimawandel mittlerweile auch ein bayerisches Problem ist, haben die Ereignisse der vergangenen Jahre klar gezeigt, das Pfingsthochwasser 2013, die Schlammlawine in Simbach, die extremen Niedrigwassersituationen in

Franken sowie jüngst die schweren Verwüstungen in den Landkreisen Passau, Freyung-Grafenau und in meinem Heimatlandkreis Fürth. Letztere sind im August 2017 geschehen und sollten der Staatsregierung Warnung genug sein.

Die Jahreszeiten verschieben sich. Die Vegetationsperiode ist in den letzten 50 Jahren um 26 Tage länger geworden. Das hat teils drastische Auswirkungen auf die biologische Vielfalt im Freistaat. Die Luft erwärmt sich bei uns deutlich schneller als durchschnittlich. Dies hat zur Folge, dass uns ein Temperaturanstieg um 4,5 Grad drohen könnte. Die Hitzetage werden mehr, die kalten Tage deutlich weniger. Was das für unsere schneebedeckten Alpen bedeutet, muss ich wohl nicht ausführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Klimawandel ist nicht länger zu ignorieren. 15 der 16 wärmsten Jahre wurden nach 2001 registriert. Das ist kein SPD-Märchen, sondern ein Zitat unserer Umweltministerin vor eineinhalb Jahren.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist die Umweltministerin?)

– Die Umweltministerin kommt noch.

Die Staatsregierung kennt diese Folgen, unternimmt jedoch nichts Entscheidendes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer von Naturkatastrophen. Hochwasser, Hitzerekorde und Unwetter stellen für die Betroffenen persönliche Katastrophen dar und sind für den Steuerzahler oft mit enormen Kosten verbunden. Bis heute hat sich jedoch nichts an der Klimapolitik der Staatsregierung geändert. Es wurde nur angekündigt, den Menschen im Katastrophenfall eingeschränkt helfen zu wollen – ein "großer" Trost.

Wir müssen endlich ehrlich zu den Bürgerinnen und Bürgern sein. In Bayern wird viel zu wenig für den Klimaschutz getan. Deshalb fordern wir ein längst überfälliges eigenes Bayerisches Klimaschutzgesetz, in dem verbindliche Klimaziele bis zum Jahr 2050 festgelegt werden. Wir wollen nicht irgendwelche unverbindlichen Programme, wie sie die Kollegin der CSU gerade aufgeführt hat. Wir bekennen uns zum international anerkannten Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchst-

tens zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Wir wollen eine verbindliche Reduktion der gesamten Treibhausgasemissionen im Freistaat festlegen.

Folgender Grundsatz muss gelten: Ein rechtzeitiger Eingriff reduziert die späteren Folgekosten. Ohne konkrete Vorgaben ist das Ziel, deutsche Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 % gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren, nicht zu erreichen. Das haben wir versprochen. Daher bleibt eine verbindliche und gestaffelte Zielsetzung für die Sektoren Industrie, Verkehr, Landwirtschaft, Energie und Gebäude alternativlos. Unsere bayerischen Vorzeigeunternehmen wie adidas, Audi, BMW und Puma fordern bereits jetzt klare Signale in Form verbindlicher Klimaziele seitens der Politik, um sich in geeignetem Maße auf künftige Herausforderungen vorbereiten zu können. Die bayerische Wirtschaft braucht die notwendige Planungssicherheit in Form eines konkreten Klimaschutzfahrplans, um mit ihren Produkten auch in den kommenden Dekaden weiterhin an der Weltspitze bleiben zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur mit Weitblick und einer langfristigen Zielsetzung ist dieses Generationenthema lösbar. Es ist an der Zeit, gemeinsam zu handeln. Das sage ich auch im Hinblick auf die nächste Landtagswahl. Möglicherweise zieht nächstes Jahr eine Partei in dieses Hohe Haus ein, die die Ursachen des Klimawandels leugnet. Daneben werden rechte Hardliner oder Klimawandel-Ignorierer der CSU sehr schwach aussehen. In diesem Fall würde eine Lösung oder ein Kompromiss in unerreichbare Ferne rücken.

Ich möchte unserem Fraktionssprecher Markus Rinderspacher danken. Er hat gesagt: Vergesst den Genossen Hoegner nicht. Dieser hat bereits 1928 im Landtag gefordert, Seeufer und andere Naturschönheiten allgemein zugänglich zu machen. Dieses Ziel ist im Jahr 1946 mit anderen Zielen in die Bayerische Verfassung aufgenommen worden. Durch unseren unermüdlichen Einsatz wurde der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen genau am 5. April 1984 in die Bayerische Verfassung aufgenommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen auch im Hinblick auf ein Bayerisches Klimaschutzgesetz Vorreiter sein. Diese Vorreiterrolle nehmen wir gerne ein.

Nun komme ich zum Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER. Selbstverständlich steht das bereits in der Verfassung. Jedoch handelt es sich um ein wichtiges Ziel, das Generationen betrifft – nicht nur unsere Generation. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, kann es sein, dass wir nichts mehr reparieren können. Deshalb freuen wir uns auf die Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen. Wir hoffen, dass die FREIEN WÄHLER entgegen anderer Beschlüsse zum Thema Umwelt einmal etwas Vernünftiges machen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Jahren hat meine Fraktion bereits einen Gesetzentwurf zur Verankerung des Klimaschutzes in der Bayerischen Verfassung mit wichtigen Meilensteinen zum Vorrang erneuerbarer Energien eingebracht. Wir haben den Gesetzentwurf sehr detailliert ausgearbeitet.

Momentan befinden sich 15 Personen der CSU-Fraktion im Saal. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für sie ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Mehrheit der CSU-Fraktion hat dieses Gesetz damals abgelehnt. Heute müssen wir von Frau Guttenberger hören: Bayern tut so viel für den Klimaschutz. Wir haben es geschafft, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Frau Guttenberger, Sie müssten sich wirklich die Zahlen anschauen: Seit dem Jahr 1990 hat es eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 7,6 % gegeben. Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % zu reduzieren. Sie haben komplett versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Im Jahr 1990 gab es 27 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr. Jetzt sind es über 30 Millionen Tonnen. Das sind 10 % mehr. Sie haben komplett versagt. Ich frage mich schon, auf was Sie Ihre positiven Aussagen stützen. Sie sind wirklich voll auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Verankerung des Klimaschutzes in der Verfassung ist gut und wichtig. Dem werden wir heute auch zustimmen. Das ist ein gutes Signal. Von einer Ergänzung der Bayerischen Verfassung um diese beiden Wörter erwarte ich mir jedoch nicht allzu viel, wenn keine wirklichen Taten folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE kennen den Unterschied zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit sehr gut. In Artikel 141 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung steht:

Es gehört auch zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen und auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten und dauerhaft zu verbessern, den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen und eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen, die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten.

Wenn es konkret wird, sind wir die Einzigen, die sagen: Nein, das können wir nicht machen. Alle andern im Hohen Haus stimmen jedoch zu, wenn es um die neue Umgehungsstraße oder den neuen Discountermarkt geht.

Schutz nur auf dem Papier hilft nicht. Wir müssen eine neue Denke herbeiführen. Klimaschutz muss immer die Nummer eins sein. Wenn das passt, können wir weitergehen. Das muss in jede Entscheidung einbezogen werden.

(Horst Arnold (SPD): Eigentlich sollte der Mensch Nummer eins sein!)

Heute Vormittag haben Sie in der CSU-Fraktion bestimmt viel diskutiert, dass ein "Weiter so" nicht mehr geht. Vielleicht stand das in einem anderen Zusammenhang. Das mag gut sein. Beim Klimaschutz brauchen wir auf jeden Fall eine echte Trendwende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahr 2016 haben wir mehr für die Reparatur von Schäden ausgegeben als für aktiven Klimaschutz. Dieses Jahr geben wir ebenfalls mehr für die Reparatur von Schäden aus als für aktiven Klimaschutz. Für Überflutungen, Stürme und Spätfrostschäden. Eines ist ganz klar: Brandbekämpfung ist notwendig. Aber ohne einen echten Brandschutz rennen Sie immer nur hinterher. Deshalb brauchen wir echten Klimaschutz.

Die Auswirkungen werden von Jahr zu Jahr heftiger. Es gibt Starkregen-Ereignisse. Die Temperaturen steigen. Der Getreideanbau wird in Regionen wie in Mittel- und Unterfranken teilweise nicht mehr möglich sein. Momentan haben die Pegel Rekord-Niedrigstände. Der Wald wächst weniger. Beim Holzzuwachs hatten wir 2015 Einbußen in Höhe von 500 Millionen Euro. Ich könnte die Liste noch weiter fortsetzen. Es wird auf jeden Fall klar: Diese zwei Wörter, deren Einfügung Sie beantragen, reichen nicht.

Eines darf ich Ihnen auch noch ins Stammbuch schreiben: Wenn eine Jamaika-Koalition klappen sollte, werden wir GRÜNE uns nicht mit zwei Wörtern zufriedengeben. Dann werden wir einen Klimaschutz einfordern, der weiter geht: Kohleausstieg,

Verkehrswende, Vorrang erneuerbarer Energien. Sie können sich heute schon mal mit den zwei Worten "warmturnen".

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber andererseits frage ich mich: Wie soll eine CSU-Fraktion, die bisher die 10-H-Regelung durchgeboxt hat, das EEG-Ausschreibungsmodell gemacht hat und die Bürgerenergiegewende abgewürgt hat, jetzt auf einmal auf die Idee kommen, für Klimaschutz zu sein? Dazu kommt der millionenfache Betrug bei Dieselfahrzeugen, der Unwille, den Wechsel beim Verbrennungsmotor einzuleiten und das weitere Festhalten an einer dritten Startbahn. Wie soll diese Fraktion bereit sein, sich für den Klimaschutz einzusetzen? Warum sollte eine Partei, die die rechte Flanke zu den Klimawandelleugnern der AfD schließen will, nun plötzlich für den Klimaschutz stehen? Aber vielleicht läutert sich die CSU ja noch in den nächsten Wochen und Monaten, erkennt, dass es falsch ist, jeder abseitigen populistischen Strömung nachzulaufen, und beginnt, stattdessen verantwortungsvolle Politik zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben und erwarten gespannt die Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt noch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Streibl bitte. Bitte schön, Herr Kollege.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Den Kindern eine Zukunft geben: Darum geht es hier. Beim Klimawandel geht es um eine existenzielle Frage. Da geht es nicht um klimatische Bedingungen in Fraktionen hier im Haus, sondern es geht darum, wie es mit unserem Land und wie es mit dem Planeten weitergeht; denn der Klimawandel ist ein Fakt. Es gibt kaum ein Jahr, in dem nicht irgendwo in Bayern Großwetterlagen Katastrophen herbeiführen,

seien es Hochwasser, seien es Muren und Hangrutschungen im Alpengebiet. Wir sind permanent damit konfrontiert. Von daher stellen sich für uns letztlich zwei Fragen, damit wir unsere Lebensgrundlagen auch in Zeiten eines Klimawandels erhalten können. Wie gehen wir mit dem Klimawandel um, der uns schon trifft? Wie gehen wir mit Hochwasserschutz um? Wie gehen wir mit der Sicherung von Bergstraßen um? Wie gehen wir mit der Sicherung von Wohngebieten um? Wie gehen wir mit der Waldstrukturierung um? Darum geht es erstens.

Zweitens geht es um die Frage, was wir für die Zukunft tun können, um einen Klimawandel zu stoppen und ihm Einhalt zu gebieten. Da muss ich Ihnen sagen: Bayern hat immer noch eine weltweite Vorreiterrolle. Bayern ist das Land in der Bundesrepublik Deutschland, das innovativ vorgeht. Deutschland ist der Staat in Europa, der hier das Sagen hat. Europa spielt in der Welt immer noch eine Rolle. Insofern können wir von Bayern aus ganz klar Zeichen und Signale setzen. Acht DAX-Unternehmen in Bayern stehen für eine immense wirtschaftliche und technologische Kompetenz in Bayern. Wir haben hier die Menschen, die innovative Ideen haben. Wir haben die Betriebe, die diese Ideen umsetzen und aufnehmen können. Wir haben immer noch die Finanzen, um das alles umsetzen zu können. Wir können Technologien schaffen und haben sie zum Teil schon, um eine Energiewende in Bayern Wirklichkeit werden zu lassen. Diese Technologien können in die Welt hinaus verkauft werden, um Märkte für erneuerbare Energien zu schaffen.

Was braucht denn die Welt? – Günstige Energie, die CO<sub>2</sub>-neutral und erneuerbar ist. Wir könnten das machen. Nur schläft die Staatsregierung hier und tut es nicht. Deswegen sind wir der Meinung, dass man den Klimaschutz in die Verfassung aufnehmen muss. Zwar steht der Umweltschutz drin, und Bayern hat bei der Schaffung des ersten Umweltministeriums weltweit eine Vorreiterrolle gehabt. Diesen Gedanken und diese Innovation sollte man heute wieder aufnehmen und fortführen und nicht in einer politischen Nabelschau nach dem Motto "Alles ist gut" verkommen lassen; denn das ist letztlich Rückschritt. Meine Damen und Herren, wenn wir das in der Verfassung veran-

kern, dann ist unsere Verfassung die Diamantspitze, um unser Rechtssystem aufbohren zu können

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und um die Staatsregierung antreiben zu können, damit sie handeln und Dinge umsetzen muss und kann. Hier geschieht letztlich eine Verweigerung, die Zukunft zu gestalten. Die Zukunft für unsere junge Generation wird verspielt. Meine Damen und Herren von der CSU, auch Sie werden sich von Ihren Kindern und Enkelkindern fragen lassen müssen: Was habt ihr getan? Warum habt ihr nichts getan? Diese nämlich werden mit den Folgen leben müssen, Sie wohl nicht mehr. Aber sie werden sagen: Ihr habt es gewusst, ihr habt die Möglichkeit gehabt, ihr habt die Kompetenzen gehabt, es zu ändern. Warum habt ihr nichts getan?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Frage werdet ihr euch gegenüber sehen. Deswegen fordere ich Sie auf: Gehen Sie mit bei der Verfassungsänderung; denn das wäre endlich etwas, wo wir in Bayern wieder eine Vorreiterrolle haben könnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf in den Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführenden Ausschuss zu verweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.